
Bestimmungsfaktoren zur allgemeinen Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen

Mikro- und makrosoziale Determinanten*

Regina Reßler

1. Fragestellung

Die Ausgeprägtheit der Wohlfahrtsstaaten wie in Norwegen, Deutschland und Österreich kann durchaus als ein Indiz für ihren Erfolg und auch die breite Anerkennung der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in der Bevölkerung gesehen werden. Doch in den letzten Jahren ist der Wohlfahrtsstaat auch immer häufiger skeptischen Blicken ausgesetzt. Sind die Leistungen noch finanzierbar? Ist der Wohlfahrtsstaat effektiv? Hier stellt sich nun die Frage: Verweigert die Bevölkerung zunehmend die Unterstützung für den Wohlfahrtsstaat? Steckt der Wohlfahrtsstaat in einer Legitimitätskrise? Welche Ursachen können dafür verantwortlich sein? Es sollen sowohl Individual- als auch Strukturmerkmale genauer beleuchtet werden. Haben der Wohlstand einer Gesellschaft und die wirtschaftliche Stabilität einen Einfluss auf die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates? Lehnen Protestanten wohlfahrtsstaatliche Leistungen eher ab, und befürworten Katholiken diese in höherem Maße? Inwieweit wird die (Nicht-) Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen von der individuellen Inanspruchnahme bzw. von volkswirtschaftlichen Gegebenheiten beeinflusst, und welche Faktoren sind bedeutend? Ist die politische Einstellung entscheidend?

2. Definition Wohlfahrtsstaat

Das ursprüngliche Ziel der Sozialpolitik war, die dehumanisierenden Züge des industriell-kapitalistischen Systems auszugleichen, und nicht jenes, als Motor und Stabilisator des Wachstums zu dienen.¹ Der Wohlfahrtsstaat hat sich für politische Systeme durchgesetzt, in denen bei

* Das Projekt wurde gefördert aus den Mitteln des Forschungsprojektes Nr. 14014-SOZ des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung „Wertewandel und soziale Umschichtung“, geleitet von Max Haller.

grundsätzlicher Beibehaltung der freien Marktwirtschaft eine Angleichung der Machtpositionen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattgefunden hat und ein umfassendes System von staatlichen Transferzahlungen und Sozialleistungen etabliert worden ist.² Die Wohlfahrtsstaaten von heute sind im Spektrum von Chancengleichheit bis zu absoluter Gleichheit³ angesiedelt. „(...) der moderne Wohlfahrtsstaat will nicht nur den Armen und sozial Schwachen helfen, sondern durch ein hohes Leistungsniveau für einen Lastenausgleich zwischen unterschiedlichen Bedürfnislagen sorgen und gleichzeitig auch das Ausmaß der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit insgesamt reduzieren.“⁴ Der Wohlfahrtsstaat ist ein „Staats-system, das die soziale Sicherheit, gewonnen durch Steuern und Abgaben, über die anderen Staatsaufgaben stellt, (...)“⁵

3. Solidarisierung versus Entsolidarisierung

In entwickelten Ländern genießen heute viele Menschen einen hohen Lebensstandard und starke soziale Absicherung; jedoch sind sie immer häufiger ihrem individuellen Arbeitsschicksal und den damit verbundenen Risiken und Chancen ausgesetzt. „Das Kollektivschicksal ist in den klassenzusammenhanglosen, individualisierten Lebenslagen zunächst zum persönlichen Schicksal, zum Einzelschicksal mit nur noch statistisch vernommener, aber nicht mehr (er)lebbarer Sozietät geworden (...)“.⁶ Leben wir nun in einer Welt, in der die Eigenverantwortung, so wie Beck es beschreibt, zunimmt, oder überwiegt die kollektive Verantwortung noch? Zwei gegensätzliche Bewegungen lassen sich unterscheiden: Neoliberalismus (Entsolidarisierung) und Kommunitarismus (Solidarisierung).

3.1 Entsolidarisierung

Schon Adam Smith (1723–1790), einer der ersten Verfechter des Liberalismus, würde für zunehmende Eigenverantwortung der Individuen stehen. Auch Immanuel Kant (1797) trat für die Schaffung eines modernen Rechtsstaates ein und verurteilte den bevormundenden, paternalistischen Staat, da jeder Bürger selbst für die Gestaltung seines Lebens verantwortlich sei. Der Name Wilhelm von Humboldt steht ebenfalls für den klassischen Nachtwächterstaat. Der moderne Wohlfahrtsstaat wäre für ihn illegitim.⁷ Die Ideologie des Neoliberalismus überträgt dem Staat ein eingeschränktes Eingriffsrecht, um den Wettbewerb für alle zu garantieren. Der Neoliberalismus ist einer der größten Kritiker des Wohlfahrtsstaates, da dieses *System sozialer Für- und Vorsorge* der freien Marktwirtschaft widerspricht.⁸ Der Markt agiert selbst gerecht, „indem er nämlich jedem Menschen das gibt, was ihm zusteht, weil doch vernünftigerweise niemandem mehr zustehen kann, als er für seine Talente, Leistungen und Fähigkeiten auf dem Markt erhalten kann.“⁹ Vorrangiges Ziel ist es Maßnahmen gegen das Aufkommen von Bedürftigkeit zu setzen und nicht diese mittels Transferzahlungen zu bekämpfen. Die Kritik am Wohlfahrts-

staat setzt dort an, wo den Bürgern die Möglichkeit bzw. Verantwortung zur individuellen Vorsorge genommen wird. Der Staat soll die Rahmenbedingungen für ein Minimaleinkommen aber keineswegs eine gerechte Verteilung schaffen schaffen.¹⁰

Im Liberalismus gibt es nur eine Möglichkeit der Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen: die Akzeptanz aufgrund egoistischer Motive; ansonsten müssten sie aufgrund der Doktrin des Minimalstaates abgelehnt werden. Der homo oeconomicus tritt grundsätzlich für ein Minimalstaatskonzept – also nur für Rechtssicherheit – ein. Claus Offe (1987) schreibt, dass die soziale Differenzierung zur Zerstörung kollektiver Identitäten führt, die wiederum die solidarischen Verbundenheiten schwächen, die aber die Grundlage für die allgemeine Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat darstellen. Der Wohlfahrtsstaat kann sich aber nicht auf Dauer auf das pure Selbstinteresse (Nutznießer) in der Bevölkerung verlassen, um ein ausgeprägtes wohlfahrtsstaatliches System zu legitimieren. Für Offe nimmt die Befürwortung des Wohlfahrtsstaates also mit zunehmendem volkswirtschaftlichen und individuellen Wohlstand ab.

Der Wandel zu kritischen Einstellungen gegenüber dem Wohlfahrtsstaat hat schon in den 70er Jahren begonnen.¹¹ Laut Prisching (1996) 30 steigert „der Wohlfahrtsstaat als Institutionalisierung von Solidarität (...) nicht die solidarischen Gefühle der Menschen; er löst ganz im Gegenteil Entsolidarisierungsprozesse aus.“ Warum ist die Solidarität in Großgruppen nicht mehr so groß: Erstens nimmt die Spürbarkeit bzw. die Relevanz des individuellen Handelns für die Gruppe mit größerer Mitgliederzahl ab. Zweitens ist die Möglichkeit, deviantes Verhalten von Gruppenmitgliedern zu sanktionieren, gering bzw. kaum möglich. Auch Ulrich Beck (1986) 116 stellt fest: „In den reichen westlichen Industrieländern (...) hat sich in der wohlfahrtsstaatlichen Modernisierung nach dem Zweiten Weltkrieg ein gesellschaftlicher Individualisierungsschub von bislang unerkannter Reichweite und Dynamik vollzogen“. In der Risikogesellschaft verlieren traditionale und institutionalisierte Formen des Zusammenlebens wie Familie, Ehe, Geschlechterrollen, Klassenbewusstsein und politische Parteien an Bedeutung. Die Personen müssen Unsicherheit bzw. Risiken selbst verarbeiten; Beck bezeichnet diese Fähigkeiten zur Bewältigung der Ängste und Unsicherheiten als zivilisatorische Schlüsselqualifikationen. Die Folge ist: die Klassensolidarität verringert sich.

Eine gemäßigte Position nimmt Warnfried Dettling (1995) 50 ein: „In Zeiten wie diesen werden auch Solidarität und gesellschaftliche Moral zu knappen Gütern. Die neue Lage muss [aber] nicht bedeuten, dass sich die modernen Gesellschaften auf einen Sozialdarwinismus hin entwickeln, aber sie stellt in jedem Falle die Solidarität der Mehrheit auf eine harte Probe.“ Das neue Schlagwort heißt nicht mehr Solidarität, sondern Gegenseitigkeit, d.h. eine Leistung wird an eine Gegenleistung gebunden, wie beispielsweise in der Arbeitslosenversicherung. Das bedeutet aber auch, dass die soziale Versorgung darunter leidet, da die Ursache der Notlage und nicht mehr das Fürsorgeprinzip maßgebend ist. Ulrich Beck spricht mit

Helmut Berkin vom „solidarischen Individualismus“ und Dettling von „kommunitärer Individualität“. ¹² Der Wohlfahrtsstaat ist ein Opfer seines Erfolges geworden. Er erfüllte die an ihn gestellten wohlfahrtsstaatlichen Erwartungen und nahm immer mehr Leistungen in seine Obhut, die schon in wirtschaftlicher Prosperität schwer zu erfüllen waren. In der Rezession konnte er seinen selbst auferlegten Pflichten nicht mehr nachkommen. Deshalb wird oft das gesamte System in Frage gestellt. Die zunehmende steuerliche Belastung, das oftmals verwendete Gießkannenprinzip und Trittbrettfahrer führen zu einer sinkenden Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen der Beitragszahler. Die Bürger verhalten sich aber oft ambivalent: Einerseits wollen sie die zunehmenden wohlfahrtsstaatlichen Leistungen; andererseits sind sie aber gegen die zunehmende staatliche Einmischung. ¹³

3.2 Solidarisierung

Eine der geläufigen Selbstdiagnosen unserer Zeit lautet, dass Anklagen gegen Egoismus und verantwortungsloses Anspruchsdenken Konjunktur haben; den zwischenmenschlichen Beziehungen wird ein Mangel an Wärme und Mitgefühl attestiert. Definiert der Liberalismus Gerechtigkeit und Freiheit als Abgrenzung gegen andere Individuen und Gleichheit vor allem als Rechtsgleichheit, so versteht der Kommunitarismus darunter die soziale Gerechtigkeit bzw. soziale Gleichheit. Das Pendant zum Individualisten ist der Kommunitarist mit seinem Konzept des sozial eingebetteten und gesellschaftlich konstituierten Menschen. Die kommunitaristische Bewegung entstand in den 80er Jahren in den USA als Kritik und Gegenpositionierung zur individualistischen Theorie des Liberalismus. Mittlerweile ist es mit dem Kommunitarismus gelungen, gemeinschaftliche Stimmungen zu bündeln und sich mit dem erklärten Ziel der Wiederbelebung gemeinschaftlichen Denkens als politische Alternative zu präsentieren. Er verfügt heute über nicht zu unterschätzenden Einfluss: Mit dem Sozialwissenschaftler und Philosophen Amitai Etzioni stellte die Bewegung einen Vertreter im engsten Beraterkreis um Präsident Bill Clinton.

Auch der Sozialismus stellt ein Pendant zum Liberalismus dar: „Geschichtlich gesehen umfasst Sozialismus die Lehren und Bewegungen, welche das individualistische, liberalistisch-kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ersetzen wollen durch eine Ordnung, welche Wohlfahrt aller verheißt.“ ¹⁴ Die Betonung liegt bei der Voraussetzung der Gleichheit für alle. Die Ziele der sozialen Marktwirtschaft sind Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit. Es geht um die Schaffung einer egalitären Gesellschaft. ¹⁵

Der Begriff der Solidarität stammt ursprünglich aus der Rechtssprechung. Er ist verwandt mit dem Bundesdenken: Einer für Alle, Alle für Einen. Der Solidaritätsbegriff in der Kommunitarismusk Diskussion hat mit dieser Vorstellung folgendes gemein: „wechselseitige Verbundenheit und Verpflichtung grundsätzlich selbständiger Subjekte. (...) gegen einen

radikalen Individualismus (...)“.¹⁶ Institutionalisierte Formen von Solidarität sind Sozialstaat, Sozialversicherung etc. Um die sozialstaatliche Solidarität zu erhalten, ist die Einbindung sämtlicher Bürger in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess elementar.

Der Markt versagt im liberalistischen Konzept hinsichtlich jener Personen, die nicht marktfähig sind.¹⁷ Die liberale Vorstellung vom eigenschaftslosen, ungebundenen isolierten Individuum ginge deshalb fehl.¹⁸ Schon 1821 vermisste Hegel die Sittlichkeit und den sozialen Zusammenhang. Hegel fordert die „sichernde Macht des Allgemeinen“ in der bürgerlichen Gesellschaft, da die private Wohltätigkeit nicht genüge.¹⁹

Der sozialstaatliche Konsens auf Ebene der Bürger existiert im deutschen Wohlfahrtsstaat laut Edeltraud Roller (2000) weiterhin, obwohl es in den letzten beiden Jahrzehnten zu einer zunehmenden Tendenz einer geringeren Akzeptanz gegenüber der Einmischung des Staates gekommen ist. In den westlichen Staaten konnte Helmut Klages keine sinkende Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates in empirischen Untersuchungen feststellen. Nur in bestimmten Leistungsbereichen ist eine gewisse Ablehnung zu konstatieren.²⁰ Klages geht vom Bedürfnis eines selbstbestimmten Lebens der Menschen aus, das aber keineswegs im Widerspruch mit dem Gemeinwohl steht. Lipset (1964) führt die noch immer große Unterstützung des Wohlfahrtsstaates durch die Bürger auf die große Gruppe der Arbeiter zurück, deren materielle Interessen vor allem durch das soziale Netzwerk erfüllt wurden. Für wohlfahrtsstaatliche Leistungen sprechen sich vor allem Arbeiter und dagegen Selbständige und Freiberufler aus. Eine Zwischenposition nehmen laut empirischen Untersuchungen Angestellte ein.²¹ Auch Flora (1986, 1994) und Alber (1986) gehen von einer Abnahme der Gegner des Wohlfahrtsstaates wie Landwirten, Selbständigen und einer Zunahme der Klientel – jenen Bürgern, die von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen abhängig sind – aus und deshalb auch von einer zunehmenden positiven Einstellung gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Interventionen. Laut Gösta Esping-Andersen (1990) besteht beim liberalen Wohlfahrtsstaat die größte Kluft zwischen den Klassen, beim konservativ-erhaltenden Typus in dem „insider-outsider“-Konflikt²² und bei sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten im unterschiedlichen Geschlecht.

Uneingeschränkter Individualismus untergräbt auf Dauer die Fundamente der (wohlfahrtsstaatlichen) Demokratie.²³ Es gibt also Gegentendenzen zur so oft kritisierten, aber auch forcierten Individualisierung bzw. Entsolidarisierung. Eichenberger (1977) vertritt die Sichtweise, dass die positive Einstellung der Bürger zum Wohlfahrtsstaat überhaupt irreversibel und eine Umkehr bzw. Änderung der Ansprüche gegenüber dem Staat kaum möglich sind.

4. Theorien wohlfahrtsstaatlicher Akzeptanz und Hypothesen

4.1 Theorien zur Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen

Die wichtigsten Argumente für die Institutionalisierung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen waren: erstens das solidarische Argument, welches die Absicherung von in Not geratenen Personen aufgrund der neuen Lebens- und Arbeitsverhältnisse beinhaltet; zweitens das Stabilitätsargument bzw. rationale Kollektivitätsargument. Durch die Absicherung wird zunehmende Stabilität des politischen Systems erreicht. Drittens das demokratische Argument: Der Anspruch einer demokratischen Ordnung wird durch Redistribution des Einkommens erfüllt.²⁴ Campell et al. (1960) entwickelten die *'domestic social welfare scale'*, um in den Bereichen Gesundheit, Wohnen und Elektrizität, Arbeitsplatzgarantie, rassische Ungleichheit und Bildung die Zustimmung für die staatliche Zuständigkeit zu messen. Campell et al. unterscheiden zwischen zwei Typen, dem Eigeninteresse und der Ideologie. Free und Cantril (1967) haben aufgrund empirischer Untersuchungen die Unterscheidung zwischen *operational level* und *ideological level* eingeführt. Die Untersuchung ergab eine große Zustimmung zu einzelnen wohlfahrtsstaatlichen Bereichen, aber eine geringere Akzeptanz universaler staatlicher Eingriffe. Auch laut Sears et al. (1982) sind das Eigeninteresse und die politische Einstellung die Hauptpunkte, die Einstellungen zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen ausmachen. Empirisch wurde auch ermittelt, dass Personen mit großem politischem Interesse wohlfahrtsstaatliche Leistungen im hohen Ausmaß akzeptieren.²⁵ Roller (1992) 39-52 unterscheidet zwei allgemeine Typen der Einstellung: die instrumentelle Orientierung und die moralische Orientierung. Unter instrumenteller Orientierung versteht sie die Interessensorientierung, den materiellen Nutzen in Hinblick auf sozioökonomische Sicherheit einer Person. Die moralische Orientierung beeinflusst vor allem die Gerechtigkeitsvorstellungen und die Chancengleichheit.

Karl et al. (1998) 454ff kamen empirisch zu dem Ergebnis, dass etwa die Haltung zur Arbeitslosenunterstützung vor allem von der individuellen Prädisposition der Adressaten abhängig ist. Aber auch die Strukturmerkmale der Sicherungssysteme selbst beeinflussen die Akzeptanz der Maßnahmen zur Absicherung Arbeitsloser in der Bundesrepublik Deutschland. Stefan Svallfors (1997) 290 und Gilbert Norden (1986/87) 38 haben einen starken Zusammenhang zwischen der persönlichen Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat und der Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen herausgefunden. So weisen Arbeitslose und Pensionisten eine hohe Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen auf. Schwächere Gesellschaftsmitglieder verlassen sich stärker auf ein funktionierendes Wohlfahrtssystem und akzeptieren dieses eher.

Die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen lässt sich durch die drei folgenden Theorien aus den Politikwissenschaften erklären:

- 1.) Theorie des Eigennutzes;
- 2.) Solidaritätstheorie;
- 3.) Kollektive Rationalitätstheorie.

1.) *Theorie des Eigennutzes*: Hier wird vor allem das Eigeninteresse als ein wesentlicher Bestimmungsgrund für die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen gesehen. Die Personen profitieren schon von den Maßnahmen oder glauben diese in einiger Zeit in Anspruch zu nehmen. Die Menschen wollen sich gegenüber Risiken abgesichert fühlen. Gilbert Norden (1986/87) 38 spricht von der unsicherheitstheoretischen Begründung des Wohlfahrtsstaates. Hier kann man auch von Pragmatismus bzw. Egozentrismus sprechen. Für Campell et al. (1960) handelt es sich um eine positive Einstellung aufgrund des Eigeninteresses, um eine kurzfristige Sichtweise.

Verbindet sich das Wissen um die wachsenden Abhängigkeiten von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen mit der Bereitschaft, kollektive Vorsorgemaßnahmen zu unterstützen, so spricht man vom sozialen Bewusstsein.²⁶ Die Solidaritätstheorie und die kollektive Rationalitätstheorie nehmen an, dass Menschen aufgrund kollektiver Verantwortung handeln. Ist die Akzeptanz durch die Ideologie begründet, so handelt es sich um eine langfristige Einstellung.

2.) *Solidaritätstheorie*: „Die Tatsache, dass ein anderer Mensch in hohem Maße in seinen Interessen tangiert ist, weil er etwa leidet, wird somit als zureichender prima-facie-Grund dafür betrachtet, andere zur Hilfsleistung zu verpflichten.“²⁷ Außerdem ist die Last im Kollektiv nicht so groß wie für den einzelnen. Sprechen Menschen die gleiche Sprache oder sind sie Staatsbürger, so ist die Solidarität bedeutend größer. Dieser Ansatz begründet die Befürwortung der Maßnahmen nicht vom Eigennutz aus, sondern sieht die Verpflichtung des Staates, Hilfe für in Not geratene oder benachteiligte Personen zur Verfügung zu stellen.²⁸ Werte und Ideologien spielen hier eine große Rolle. Vor allem in religiösen Gemeinschaften steht dieser Gedanke im Vordergrund. Aber auch Ideologien von Parteien können hier greifen.

3.) *Kollektive Rationalitätstheorie*: Hier wird angenommen, dass sich die Menschen deutlich mit dem Kollektiv identifizieren. Würden die wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen nicht vorhanden sein, so würde sich der allgemeine Zustand der Gesellschaft massiv verschlechtern. Es würde etwa die Kriminalität oder auch die Zahl der Obdachlosen ansteigen. Die kollektive Rationalitätstheorie nimmt an, dass im Unterschied zur Solidaritätstheorie von den Menschen individualistisch-kollektive Motive verfolgt werden. Das Ziel ist es, die makrosoziologischen Bedingungen der Gesellschaft aufrechtzuerhalten.²⁹ Armut gefährdet die Stabilität der Gesellschaft. Auch früher wurden schon Landstreicher mit Almosen beschwichtigt. Armut gefährdet die Sicherheit der Etablierten.³⁰ Werte bzw. Ideologien beeinflussen auch in der kollektiven Rationalitätstheorie die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen.

Die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen der Bürger wird durch die Mikroebenefundierte.³¹ Laut Abraham de Swaan (1993) 241ff sind in der funktionalistischen Theorie die Strukturmerkmale für die Entwicklung bzw. Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates bedeutend: „(...) funktionalistisch orientierte Theorieansätze [messen] den Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat allenfalls eine marginale Bedeutung [bei] (...)“.³² Deshalb werden Indikatoren sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene untersucht.

Die Theorie des Eigennutzes wird mittels der Variablen HDI, Arbeitslosigkeit, Einkommen je Familienmitglied, Erwerbstätigkeit und dem Geschlecht überprüft. Die Konfession, die politische Einstellung und die Größe des sozialen Sektors spiegeln die Solidaritätstheorie wider. Die Kollektive Rationalitätstheorie wurde mit der Frage nach der Funktion des demokratischen Systems operationalisiert.

Tabelle 1: Operationalisierung der Theorien

THEORIE	OPERATIONALISIERUNG		
	Dimensionen	Indikatoren auf der ...	
		Makroebene	Mikroebene
Theorie des Eigennutzes	Materielle Situation	Human Development Index Arbeitslosenquote	Einkommen pro Familienmitglied Erwerbstätigkeit
	Sozio-demographische Determinante		Geschlecht
Solidaritätstheorie	Kulturelle Faktoren	dominante Religion	eigene Konfession
	Politisches System	dominante Koalition ^A	politische Einstellung
	Umfang des Wohlfahrtsstaates	Sozialquote	allgemeine Einstellung der Bürger zum Wohlfahrtsstaat ^A
Kollektive Rationalitätstheorie	Stabilität bzw. Funktion des politischen Systems	Häufigkeit der unvorhergesehenen Regierungswechsel ^A	Funktion des demokratischen Systems

^A Aus Mangel an Daten können diese Variablen in der Untersuchung nicht berücksichtigt werden.

4.2 Hypothesen

4.2.1 Materielle Situation

Wohlstandsniveau des Landes: In wohlhabenden, fortgeschrittenen Gesellschaften, in denen weniger Anlass dafür besteht, die bestehenden Strukturen insgesamt in Frage zu stellen, und in Ländern mit geringer Arbeitslosigkeit wird die staatliche materielle Absicherung in geringerem Maße akzeptiert, da jeder selbst durch Erwerbstätigkeit für seine finanzielle Absicherung sorgen kann. Ist die wirtschaftliche Lage jedoch krisenhaft (hohe Arbeitslosenquote, geringer HDI), dann sind viele auf die staatlichen Unterstützungen angewiesen, und deshalb ist die allgemeine wohlfahrtsstaatliche Akzeptanz höher.

- Hypothese 1: In Ländern mit einem geringen HDI ist die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen höher als in Ländern mit einem hohen HDI.
- Hypothese 2: In Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit ist die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen höher als in Ländern mit geringer Arbeitslosenquote.

Individuelle wirtschaftliche Lage: Die Sozialquote in Österreich, aber auch in den anderen europäischen Wohlfahrtsstaaten, wird in den nächsten Jahrzehnten auf bis zu 50% des Einkommens steigen, da die Zahl der Nicht-Erwerbstätigen im Verhältnis zu den Erwerbstätigen stark ansteigen wird.³³ Es stellt sich die Frage, ob die Erwerbstätigen diese Belastung auf sich nehmen werden.

Zur Untersuchung des Einflusses der individuellen wirtschaftlichen Lage auf die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen werden das Haushaltseinkommen pro Person und die Erwerbstätigkeit genauer untersucht:

- Hypothese 3: Die Beurteilung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen wird von der sozialen Lage der Person beeinflusst. Einkommensschwache Personen akzeptieren die sozialen Leistungen in höherem Maße als einkommensstarke.

Diese Leistungen sind für ihre Lebensführung wichtig. Sie sind meist Nutznießer von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. Angehörige privilegierter sozialer Schichten und Klassen (Personen mit höherem Einkommen) sind leistungsorientierter und -fähiger und lehnen deshalb wohlfahrtsstaatliche Leistungen eher ab.

Für diese Untersuchung ist auch wichtig, ob die Person einer Erwerbstätigkeit nachgeht, da sich bei empirischen Untersuchungen³⁴ unterschiedliche Einstellungen von berufstätigen und erwerbslosen Personen herausstellten.

- Hypothese 4: Bei nicht oder teilweise erwerbstätigen Menschen ist die Akzeptanz sozialer Unterstützung bedeutend höher als bei Personen in einem Arbeitsverhältnis.

Arbeitslose sind auf die staatliche Unterstützung angewiesen (Theorie des Eigennutzes). Personen, die einer geregelten Erwerbstätigkeit nachgehen, weisen eine geringere Akzeptanz auf als Erwerbslose, da diese auf ein gesichertes Einkommen zurückgreifen können.

4.2.2 Geschlecht

Vergleicht man Männer mit Frauen, so ist „Sie“ als Arbeitnehmerin, als Familienmitglied und als Empfängerin von Unterstützungen vom Wohlfahrtsstaat abhängiger als Männer. Frauen befinden sich oft auf einem unsichereren Arbeitsplatz als Männer. Das Geschlecht korreliert stark mit dem Sektor, in dem eine Frau ihren Arbeitsplatz hat, d.h. Frauen sind häufiger im wohlfahrtsstaatlichen Bereich beschäftigt. Dass Frauen im „wohlfahrtsstaatlichen Sektor“ und Männer in der Privatwirtschaft beschäftigt sind, zeigt die Abhängigkeit der Frauen von einem funktionierenden Wohlfahrtsstaat. Einen Arbeitsplatz für jedermann bereitzustellen bedeutet die Schaffung von Arbeitsplätzen in sozialstaatlichen Bereich.

➤ Hypothese 5: Die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen ist bei Frauen höher als bei Männern.

Hierfür gibt es zwei Begründungen: Erstens sind viele Frauen im wohlfahrtsstaatlichen Bereich tätig, und zweitens sind Frauen – auch wenn sie erwerbstätig sind – häufig in schlecht bezahlten Positionen zu finden oder gehen einer geringfügigen oder einer Teilzeitbeschäftigung nach. Dann können sie meistens ohne die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten.

Frauen weisen aber auch ein stärkeres Interesse an sozialen Beziehungen³⁵ und damit größere Sozialkompetenzen auf. Also ist die höhere Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen nicht nur auf die Theorie des Eigennutzes zurückzuführen sondern auch auf die Solidaritätstheorie.

4.2.3 Konfession

Alle religiösen Gemeinschaften und Doktrinen befassen sich mit den sozialen Verpflichtungen der Menschen, legen jedoch unterschiedliche Akzente darauf. Der Protestantismus legt zum Beispiel stärkeres Gewicht auf die individuelle Verantwortung, die katholische Soziallehre auf die Verpflichtung der Gemeinschaft.³⁶

Empirisch konnte bisher nicht bestätigt werden, dass der religiöse Mensch mehr soziales Engagement zeige, schreibt Keupp (1997). Haller, Mach und Zwicky (1995) 227 konnten einen deutlich positiven Zusammenhang zwischen katholischen (gegenüber protestantischen) Ländern und der stärkeren Befürwortung von egalitärer Umverteilung nachweisen.³⁷ Oswald von Nell-Breuning (1990), ein führender deutscher katholischer Sozialtheoretiker, versucht den ausgeprägten Sozialstaat aufgrund der katholischen Soziallehre zu rechtfertigen.³⁸

➤ Hypothese 6: Angehörige protestantischer Konfessionen und Länder neigen stärker zu einem liberalistischen Konzept von Gleichheit. Die Bevölkerung dominant katholischer Länder ist positiver gegenüber staatlichen Interventionen in Strukturen sozialer Ungleichheit eingestellt.

Die Begründung liegt in den unterschiedlichen Menschen- und Gesellschaftsbildern dieser Konfessionen. Der Protestantismus ist individualistischer – wie das auch schon Weber (1988) behauptete und empirisch

überprüfte – als der Katholizismus, der stärker von der Verantwortlichkeit der Gemeinschaft geprägt ist, aber zugleich auch die Hierarchien weniger in Frage stellt.³⁹ Johann B. Müller (1992) 101 schreibt, dass das Christentum eine egalitäre Sozialauffassung vertritt. Freiheit und Verantwortlichkeit aller einzelnen Mitglieder der Gesellschaft und die bestmögliche Förderung und Achtung ihrer Entfaltungsmöglichkeiten in der Gesellschaft ist das katholische Verständnis von Gerechtigkeit.⁴⁰ Die christliche Nächstenliebe ist ein universales Beteiligt sein am Geschick, Leiden und Tun der Mitwelt. Die Nächstenliebe ist ein Gebot Gottes; im modernen Wohlfahrtsstaat ist die Solidarität eine staatsbürgerliche Pflicht.

4.2.4 Umfang des Wohlfahrtsstaates

Ohne die Unterstützung der Bevölkerung hätte kein solch enges soziales Netz wie beispielsweise in den skandinavischen Ländern geschaffen werden können. In liberalen Wohlfahrtsstaaten steht die Ideologie des Neoliberalismus im Vordergrund. In ausgeprägten Wohlfahrtsstaaten gibt es zwar viele Nutznießer, die das System begrüßen, aber auch bestimmte Ideologien, die die Akzeptanz dieses Systems langfristig begründen.

- Hypothese 7: Ist die Sozialquote hoch, so ist die Akzeptanz der wohlfahrtsstaatlichen Unterstützung bedeutend höher als in Ländern mit geringer Sozialquote.

4.2.5 Politische Einstellung

In Schweden bestehen die geringsten Einkommensunterschiede, und dies wird auch von der Bevölkerung als richtig angesehen. Schweden und Norweger treten für geringe Einkommensunterschiede zwischen den verschiedenen Berufsgruppen ein (Schweden: Einkommensverteilungs-Index 1,96; Norwegen: 1,82). In den USA beträgt der Index 5,46 (größter möglicher Einkommensunterschied) und in Österreich beispielsweise 4,53. Die Durchsetzung wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen – wie etwa die oben erwähnte Einkommensverteilung – wird von Parteien in unterschiedlichem Maße forciert. „Von christdemokratischen und liberalen Parteien wird eine Aufwertung der individuellen, privaten Vorsorge zusammen mit der Forderung nach Leistungsgerechtigkeit ventiliert. Sozialdemokratische Parteien treten demgegenüber für den Ausbau von Grundversicherungselementen im Rahmen der bestehenden sozialen Sicherungssysteme ein.“⁴²

- Hypothese 8: Personen, die politisch eher links orientiert sind, akzeptieren wohlfahrtsstaatliche Leistungen in höherem Maße als Wähler bürgerlich- konservativer Parteien.

4.2.6 Funktion des politischen Systems

Mit der Einstellung zur Funktion des politischen Systems soll die kollektive Rationalitätstheorie überprüft werden. Die Angst vor einer Destabilisierung des Systems führt zu einer größeren Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Interventionen.

- Hypothese 9: Wird das politische System als schlecht funktionierend eingeschätzt, so ist die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen bedeutend höher.

5. Daten und Methoden der Analyse

5.1 Daten

Grundlage der empirischen Analysen dieses Beitrags ist die Erhebung über *Role of Government III*, die im Rahmen des *International Social Survey Programme* von 1995 bis 2000 durchgeführt wurde. Mittlerweile werden die ISSP-Erhebungen⁴³ zu unterschiedlichen Themenbereichen⁴⁴ in 37 Ländern durchgeführt. In jedem Teilnehmerland wird eine repräsentative Stichprobe der erwachsenen Bevölkerung in die Befragung eingeschlossen. An der Untersuchung *Role of Government III* nahmen 27 Länder⁴⁵ teil. 21 Länder werden im Rahmen dieser Studie untersucht. In den 21 Ländern wurden 28.563 Personen ab 18 Jahren befragt (Median= 45 Jahre). 51 % der Befragten sind Frauen.

Da generelle Bestimmungsfaktoren für die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen in unterschiedlichen Ländern ermittelt werden sollen, wurden alle Länder, in denen die relevanten Fragen erhoben wurden, in die Untersuchung aufgenommen. Die Erhebung wurde nicht in allen Ländern, die in die Untersuchung einfließen, im selben Jahr durchgeführt. In den meisten Ländern wurde die Untersuchung 1996 oder 1997 durchgeführt. Nur Slowenien (1995) und Österreich (2000) bilden eine Ausnahme.

5.2 Operationalisierung

5.2.1 Abhängige Variable: Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen

Zur Operationalisierung der Extensität und der Intensität und damit zur Ablehnung bzw. Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen sollen folgende Fragen⁴⁶ aus der ISSP-Erhebung 1996 herangezogen werden:

Frage 69: Bitte geben Sie nun an, inwieweit die folgenden Dinge in der Verantwortlichkeit des Staates liegen sollten. Der Staat sollte ... (Antwortmöglichkeiten: auf jeden Fall verantwortlich sein/auf keinen Fall verantwortlich sein)?

- einen Arbeitsplatz für jeden bereitzustellen, der arbeiten will
- gesundheitliche Vorsorge für Kranke sicherzustellen
- den alten Menschen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern
- den Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern
- die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich abzubauen
- den Studenten aus einkommensschwachen Familien finanzielle Unterstützung zu gewähren
- denjenigen, die es sich finanziell nicht leisten können, eine angemessene Wohnung zur Verfügung zu stellen

Tabelle 2: Erhebungsjahr, Stichprobengröße *Role of Government III* in 21 Ländern

Land	N	Erhebungsjahr	Land	N	Erhebungsjahr
Australien	2151	1996	Norwegen	1344	1996
Bulgarien	1012	1997	Polen	1183	1997
Deutschland (Ost)	1109	1996	Österreich	1016	2000
Deutschland (West)	2361	1996	Russland	1691	1997
Frankreich	1312	1997	Schweden	1238	1996
Großbritannien	989	1996	Slowenien	1004	1995
Irland	994	1996	Spanien	2494	1996
Italien	1104	1996	Tschechien	1100	1996
Japan	1249	1996	Ungarn	1500	1996
Kanada	1182	1996	USA	1332	1996
Neuseeland	1198	1997	Gesamt	28563	

Quelle: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (Homepage: www.gesis.org, 21. September 2001)

Frage 65: Bitte geben Sie nun für die folgenden Bereiche an, ob die Regierung dafür weniger oder mehr Geld ausgeben sollte. Bedenken Sie dabei, dass sehr viel höhere Ausgaben auch höhere Steuern erfordern können. Die Regierung sollte für ... (sehr viel mehr ausgeben/sehr viel weniger ausgeben)?

- Gesundheitswesen
- Bildungswesen
- Renten und Pensionen

5.2.2 Unabhängige Variablen: Makro- und Mikrodaten

Makrodaten: Es wurde versucht, die Makrodaten (HDI, Arbeitslosenquote, usw.) für das jeweilige Erhebungsjahr zu eruieren. Hierbei ergaben sich vor allem in Österreich Probleme, da die Daten für das Jahr 2000 meist nicht in den erwähnten Quellen verfügbar waren. Um aber vergleichbare Daten zu haben wurden in diesem Fall die Daten für das nächste verfügbare Jahr herangezogen. Tabelle 3 gibt Aufschluss über die Datenquellen.

Mikrodaten:

- 1.) **Haushaltseinkommen:** In der ISSP96-Erhebung wurden das Haushaltseinkommen⁴⁷ und die Haushaltsgröße⁴⁸ erfasst. Aus diesen Daten wurde das gewichtete Haushaltseinkommen pro Person berechnet: *Gewichtetes Haushaltseinkommen pro Person = gesamtes Haushaltseinkommen / (1 + (Anzahl der in einem Haushalt lebenden Personen - 1) * 0,65⁴⁹)*. Aus diesem Wert wurden dann für jedes Land Quartile und danach folgende Kategorien gebildet: 1.) (unterste) Einkommensklasse, 2.) Einkommensklasse, 3.) Einkommensklasse, 4.) (höchste) Einkommensklasse. Für Australien und Spanien wurde das Haushaltseinkommen nicht erhoben ($n_{\text{Aus,E}} = 4645$).
- 2.) **Erwerbstätig ja/nein:** *Fragestellung:* „Sind Sie derzeit erwerbstätig?“ Antwortmöglichkeiten: a) ja (vollzeitbeschäftigt, teilzeitbeschäftigt, weniger als 15 Stunden/Woche beschäftigt), b) nein (pensioniert, Hausfrau/-mann, arbeitslos, Schüler/Student, Wehr-/Zivildienstleistender, aus anderen Gründen nicht erwerbstätig). Für die Kategorie der *Nicht-/Teilweise-Erwerbstätigen* wurden für diese Untersuchung jene Personen zusammengefasst, die angaben teilzeitbeschäftigt, weniger als 15 Stunden pro Woche beschäftigt zu sein, in Pension zu sein, arbeitslos zu sein oder zu studieren.
- 3.) **Religiöses Bekenntnis:** *Fragestellung:* „Welcher Religionsgemeinschaft gehören Sie an?“ Auch hier werden nur Katholiken und Protestanten berücksichtigt.
- 4.) **Politische Einstellung:** *Fragestellung:* „Man spricht bei politischen Richtungen und Ideologien von „links“ und „rechts“. Auf welchem Punkt dieser Skala [10-stufig] würden Sie sich persönlich in diesem Sinne einstufen?“ In Spanien wurde diese Frage nicht erhoben, deshalb wird die Frage, welche Partei bei der letzten Wahl gewählt wurde, herangezogen. In Italien wurde keine der beiden Fragen erhoben.

Tabelle 3: Datenquellen der Makrodaten

Makrodaten	Datenquelle	
Human Development Index ^(a)	Human Development Report (1998/1999/2000):	siehe Tabelle 9 im Anhang
Arbeitslosenquote	ILO (1999): Key Indicators of the Labour Market	siehe Tabelle 9 im Anhang
Sozialquote	OECD (2000): Social Expenditure Database 1980 – 1997	siehe Tabelle 9 im Anhang
Dominante Religion im jeweiligen Land ^(b)	Als Grundlage für die Zuordnung wird der Anteil der jeweiligen Konfession an der Bevölkerung des Landes und die historische Rolle betrachtet: – Höllinger (1996) 17: Volksreligion und Herrschaftskirche, – Fischer Weltalmanach (2001) In der Untersuchung wird, wie in Hypothese 6 formuliert wurde, der Unterschied zwischen dominant protestantisch und dominant katholischen Ländern untersucht.	<i>Katholisch:</i> Österreich, Tschechien, Frankreich, Ungarn, Slowenien, Spanien, Irland, Polen, Italien <i>Protestantische Kirchen und Sekten:</i> <i>Lutheranisch:</i> Schweden, Norwegen <i>Anglikanisch:</i> Großbritannien <i>Protestantisch:</i> USA, Australien <i>Orthodox:</i> Bulgarien, Russland <i>Konfessionell gemischt:</i> Kanada, Deutschland, Neuseeland

(a) Der HDI misst die durchschnittlichen sozialen Errungenschaften eines Landes mittels drei Indikatoren: 1. langes und gesundes Leben (Lebenserwartung bei der Geburt), 2. Wissen (Bildungsstand: Alphabetisierung bei Erwachsenen, Nettogesamteinschulungsrate, Grund-, weiterführende und Hochschule), 3. Lebensstandard (Pro-Kopf-BIP).

(b) Anmerkung: Japan (schintoistisch [= Staatsreligion] und buddhistisch) wird bei der Auswirkung der Religion auf die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen nicht einbezogen.

- 5.) *Funktion des politischen Systems: Fragestellung:* „Alles in allem gesehen, was denken Sie, wie gut oder schlecht funktioniert das demokratische System in ...?“ Antwortmöglichkeiten: a) es funktioniert gut und muss nicht verändert werden, b) es funktioniert im großen und ganzen gut, muss aber in einigen Punkten verändert werden, c) es funktioniert nicht gut und muss in vielen Punkten verändert werden, d) es funktioniert überhaupt nicht gut und muss völlig verändert werden, e) kann ich nicht sagen. Antwort e) wurde als *missing value* codiert.

5.3 Auswertungsmethoden

Um den jeweiligen Einfluss der unabhängigen Variablen auf die Akzeptanz der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in einer *linearen Regression* messen zu können, werden die oben beschriebene Fragebatterien in einer *Faktorenanalyse* zu Dimensionen zusammengefasst. Mit der *Mehrebenenanalyse* wird der Einfluss der Makro- und Mikrofaktoren erfasst.

6. Ergebnisse der Auswertungen

6.1 Einstellung zur Extensität und Intensität wohlfahrtsstaatlicher Leistungen

Nach der Theorie von Almond und Powell (1978) werden in politischen Systemen drei Ebenen unterschieden: das Ziel, das Mittel und die Folgen. Roller (1992) hat daraus ein Operationalisierungskonzept für die Untersuchung der Einstellung zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen erstellt. Für diese Fragestellung ist vor allem das Ziel (des Staates) von Bedeutung. Hierbei müssen zwei Dimensionen unterschieden werden:

- (a) *Extensität:* Soll es (wohlfahrts-) staatliche Eingriffe in bestimmte Bereiche geben?
(b) *Intensität:* Wie stark sollen die (wohlfahrts-) staatlichen Eingriffe sein?

Tabelle 4 zeigt die Ergebnisse der Faktorenanalyse der Aussagen zum Wohlfahrtsstaat.

Laut Faktorenanalyse wurden zwei Faktoren extrahiert. Der erste Faktor spiegelt die generelle Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates (Extensität) wider: ob es wohlfahrtsstaatliche Eingriffe geben soll. Komponente 2 stellt die Intensität der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen dar.

Länderspezifische Unterschiede: Aufgrund der Faktorenanalyse können drei Ländergruppen unterschieden werden. Tabelle 5 zeigt diese Gliederung.

Die Hypothesen werden mit den beiden Komponenten aus der Gesamtverteilung überprüft, um allgemein gültige Bestimmungsfaktoren für die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Interventionen in den untersuchten Ländern zu ermitteln. Begründet wird dies folgendermaßen: Erstens sollen in diesem Aufsatz nicht um die länderspezifischen Unterschiede, sondern die relevanten Bestimmungsfaktoren der Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leis-

Tabelle 4: Faktorenanalyse der Aussagen zum Wohlfahrtsstaat, 21 Länder

	Komponente	
	1	2
Es soll in der Verantwortlichkeit des Staates liegen, zu sorgen für ...	Extensität wohlfahrtsstaatlicher Leistungen	Intensität wohlfahrtsstaatlicher Leistungen
Arbeitsplatz für jedermann	0,67	0,20
Gesundheitliche Vorsorge für Kranke	0,59	0,36
Angemessenen Lebensstandard für Ältere	0,64	0,35
Angemessenen Lebensstandard für Arbeitslose	0,75	0,03
Reduzierung von Einkommensunterschieden	0,73	0,09
Finanzielle Hilfe für Studenten	0,66	0,14
Angemessene Wohnungen	0,76	0,11
Regierung soll mehr/weniger Geld ausgeben für ...		
Gesundheitswesen	0,13	0,82
Bildungswesen	0,06	0,71
Renten und Pensionen	0,25	0,68
Erklärte Varianz (53,7 %)	40,3	13,4

Hauptkomponentenanalyse. Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung.

n=21727, 21 Länder

Quelle: ISSP 1996

Tabelle 5: Ländergruppen

- Zwei extrahierte Faktoren:

Länder	Abweichung in der Faktorstruktur zur Gesamtverteilung (über alle Länder)
Frankreich, Spanien, Japan, Slowenien, Tschechien, Russland, Bulgarien, Polen	keine
Vereinigte Staaten, Australien	Kranken- (Frage 2) und Rentenversicherung (Frage 3) können nicht eindeutig einem Faktor zugeordnet werden.

- Drei extrahierte Faktoren:

Länder	Abweichung in der Faktorstruktur zur Gesamtverteilung (über alle Länder)
Norwegen, Schweden, Kanada, Irland, Ungarn, Italien	Die beiden groben Faktoren Extensität und Intensität wurden extrahiert.* Die Extensität wohlfahrtsstaatlicher Leistungen wird in Maßnahmen zur Verringerung der sozioökonomischen Ungleichheit und in Versicherungsleistungen aufgegliedert.
Österreich	Die beiden Faktoren Extensität und Intensität wurden in der Faktorenanalyse extrahiert. Jedoch bilden nicht die Versicherungsleistungen einen gemeinsamen Faktor, sondern die Fragen zu einem angemessenen Lebensstandard (angemessenen Lebensstandard für Arbeitslose und Studenten, angemessene Wohnung zur Verfügung stellen).
Neuseeland, Großbritannien, Deutschland	Andere Faktorstruktur; diese Länder werden nicht in die Untersuchung einbezogen.

*Dieser zweite Faktor beinhaltet die sozialen Versicherungsleistungen (Krankenversicherung und Pensionsvorsorge) in einem Wohlfahrtsstaat. Diese wohlfahrtsstaatliche Versorgung stellt das *Bedürfnis nach Sicherheit* bei Maslow dar. Die beiden Faktoren werden auch von Edeltraud Roller (1992) unterschieden: 1.) Sozioökonomische Sicherheit: Einkommen, Pension, Krankheit/Medizinische Versorgung; 2.) Sozioökonomische Gleichheit: Bildung, Lohnunterschiede, Arbeitsplatzgarantie/sicherung.

tungen in allen untersuchten Ländern ermittelt werden. Zweitens ist eine eindeutige Trennung der beiden Faktoren in den einzelnen Ländern ersichtlich.

Des weiteren wurden Indizes berechnet: Es wurde aus den grau unterlegten Bereichen der jeweiligen Komponente ein Index berechnet.

Komponente 1 ($\text{Alpha}^{50} = 0,83$): *Extensität wohlfahrtsstaatlicher Leistungen*: Dieser Faktor beinhaltet die Verantwortlichkeit des Staates für die Bereitstellung eines Arbeitsplatzes für jedermann, Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern, Einkommensunterschiede zu reduzieren, Studenten aus armen Familien finanzielle Hilfe zukommen zu lassen und allen Bedürftigen eine angemessene Wohnung bereitzustellen. Die Aspekte betreffen also die Sicherstellung von Lebensstandard und die Unterstützung benachteiligter Gruppen. Die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in diesem Faktor stellen vor allem Unterstützungen von erwerbsfähigen Personen dar, die am Arbeitsmarkt nicht integriert sind (Arbeitslosenunterstützung, Hilfe für Studenten), die Teilnahme am Arbeitsmarkt ermöglichen (Arbeitsbereitstellung) und Einkommensunterschiede ausgleichen. Dieser Faktor beinhaltet aber auch die sozialen Versicherungsleistungen (Krankenversicherung und Pensionsvorsorge) in einem Wohlfahrtsstaat.

Die zu erklärende Variable (Extensität wohlfahrtsstaatlicher Leistungen) wurde in eine Variable mit vier Ausprägungen rekodiert (1 = Staat soll auf jeden Fall verantwortlich sein; 2 = Staat soll verantwortlich sein, 3 = Staat soll nicht verantwortlich sein, 4 = Staat soll überhaupt nicht verantwortlich sein). In Tabelle 6 sieht man, dass die Zustimmung zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen enorm hoch ist. Nur 3% der Befragten sprechen sich gegen eine Intervention des Staates aus.

Tabelle 6: Akzeptanz der Extensität wohlfahrtsstaatlicher Leistungen

Verantwortlichkeit des Staates	%	n
Staat soll auf jeden Fall verantwortlich sein	56,2	12850
Staat soll verantwortlich sein	40,9	9369
Staat soll nicht verantwortlich sein	2,8	641
Staat soll auf keinen Fall verantwortlich sein	0,2	46

Quelle: ISSP 1996, 17 Länder

Komponente 2 ($\text{Alpha} = 0,65$): *Intensität wohlfahrtsstaatlicher Leistungen*: Die Akzeptanz der Stärke der wohlfahrtsstaatlichen Versorgung wird im zweiten Faktor nur erfasst und in einem weiteren Aufsatz analysiert. Die Befürwortung höherer Ausgaben für das Gesundheitswesen, das Bildungswesen und die Renten und Pensionen bilden aufgrund der Faktorenanalyse eindeutig eine Dimension. In diesem Aufsatz wird aber die Einstellung zur Extensität wohlfahrtsstaatlicher Leistungen untersucht.

6.2 Bestimmungsfaktoren der Einstellung gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Leistungen

Zur Überprüfung der zuvor formulierten Hypothesen wurde eine lineare Regression durchgeführt: in folgender Regression wird der Einfluss der unabhängigen Variablen auf die Extensität wohlfahrtsstaatlicher Leistungen untersucht (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Makro- und mikrosoziale Determinanten der Einstellung zur Extensität des Wohlfahrtsstaats⁵¹ (Regressionsanalyse)

Theoretische Dimension/unabhängige Variable	Einstellung zur Extensität des Wohlfahrtsstaates
	Beta
<i>Theorie des Eigennutzes</i>	
Human Development Index	0,17 **
Arbeitslosenquote in %	0,06 **
Familieneinkommen (niedrigste – höchste Einkommensklasse)	0,14 **
Erwerbstätigkeit (ja - nein)	-0,08 **
Geschlecht (männlich - weiblich)	0,00
<i>Solidaritätstheorie</i>	
dominante Religion (katholisch – protestantisch)	0,05
religiöses Bekenntnis (katholisch – protestantisch)	0,01
politische Einstellung (links – rechts)	0,19 **
Sozialquote	-0,21 **
<i>Kollektive Rationalitätstheorie</i>	
Funktion des politischen Systems (funktioniert gut – funktioniert überhaupt nicht gut)	-0,02 R² = 0,136

** p < 0,01, * p < 0,05

Zum *Verfahren*: Fehlende Werte wurden durch den Mittelwert ersetzt.

Quelle: ISSP 96, n = 22906, 17 Länder

Betrachtet man das Ergebnis der durchgeführten Regression (vgl. Tabelle 7), so kann eindeutig festgestellt werden, dass die Höhe der Sozialquote ($\beta = 0,21$) den größten Einfluss auf die Akzeptanz staatlicher Interventionen hat: Je größer der wohlfahrtsstaatliche Sektor, desto größer ist die Befürwortung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. Solidarische Gesellschaften sind

also solidarischer. Die zuvor aufgestellte *Hypothese 7* konnte somit verifiziert werden. Mit $\beta = 0,19$ hat die politische Einstellung die zweitwichtigste Bedeutung für die Position gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. Auch *Hypothese 8* konnte bestätigt werden, dass Personen, die politisch eher links orientiert sind, wohlfahrtsstaatliche Leistungen im höheren Maße akzeptieren als Wähler bürgerlich-konservativer Parteien.

Es konnte jedoch kein Zusammenhang zwischen dem individuellen religiösen Bekenntnis (katholisch, protestantisch), der dominanten Religion im jeweiligen Land und der Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen bestätigt werden. Betrachtet man den Zusammenhang kreuztabelliert, so ist die Befürwortung bei Katholiken geringfügig höher als jene bei Protestanten.

Auch die individuelle finanzielle Lage beeinflusst die Haltung gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Interventionen: Je schlechter die wirtschaftliche Lage, desto höher ist die Befürwortung (Familieneinkommen: $\beta = 0,14$; Erwerbstätigkeit: $\beta = -0,08$). Bei der wirtschaftlichen Lage spielen auch die Makrofaktoren eine bedeutende Rolle: Die Einstellung ist abhängig von dem Wohlstand (hier gemessen mit HDI) des Landes, in dem man lebt: Personen, die in armen Staaten leben, sprechen sich eher für staatliche Interventionen aus, als Personen, die in reichen Ländern beheimatet sind (HDI: $\beta = 0,17$). Die *Hypothesen 1, 3 und 4* konnten bestätigt werden.

Hypothese 2, dass in Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen höher als in Ländern mit geringer Arbeitslosigkeit ist, wurde widerlegt. Eine hohe Arbeitslosigkeit wird nicht als besorgniserregend und somit als Grund für die Unterstützung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen angesehen. Das Gegenteil ist der Fall: Je höher die Arbeitslosenquote ist, desto geringer ist die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. Betrachtet man jedoch die schrittweise lineare Regression, so kann festgestellt werden, dass die Hinzunahme der Arbeitslosigkeit den Erklärungswert des Modells nicht entscheidend verbessern würde.

Das Geschlecht und die Einschätzung der Stabilität des politischen Systems haben keinen Einfluss.

Aus der Rangfolge der Aufnahme der Regressoren bei einer schrittweisen Regression lässt sich die statistische Wichtigkeit der jeweiligen Variablen erkennen. Die politische Einstellung ist somit am wichtigsten, da diese Variable als erste in die Analyse einbezogen wurde. Als zweitwichtigster Einflussfaktor wurde das Familieneinkommen aufgenommen, dann der HDI und danach die Sozialquote. Die letzte exogene Variable, die die Modellgüte noch signifikant verbessert, ist die Erwerbstätigkeit. Nicht aufgenommen wurden die Variablen Arbeitslosigkeit, Geschlecht, dominante Religion, religiöses Bekenntnis und die Funktion des politischen Systems. Aber auch ohne sie ist die Erklärungskraft des Modells praktisch gleich hoch wie bei ihrem Einschluss (vgl. Tabelle 7).

Eine *Mehrebenenanalyse* wurde durchgeführt, um den Erklärungsanteil der Individual- und Makrovariablen getrennt zu berechnen. 78,2% der erklärten Varianz durch das Modell wird durch Makrovariablen erklärt. Der

Anteil an der erklärten Varianz der Mikrovariablen (Familieneinkommen pro Haushaltsmitglied, Erwerbstätigkeit, politische Einstellung) beträgt 21,8% (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8: Makro- und mikrosoziale Determinanten der Einstellung zur Extensität des Wohlfahrtsstaats (Mehrebenenanalyse)

	R ²	Anteil an erklärter Varianz (in %)
Makrovariablen	0,107	78,2
Mikrovariablen	0,037	21,8
Gesamt	0,137	100,0

Quelle: ISSP 96, n = 22906, 17 Länder

7. Resümee

Ziel dieses Aufsatzes war es, signifikante Bestimmungsfaktoren für die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Interventionen sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene zu finden, die für alle untersuchten Länder gültig sind. Drei Thesen zur Erklärung der Unterstützung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen durch die Bevölkerung wurden angeführt: die Theorie des Eigennutzes, die Solidaritätstheorie und die kollektive Rationalitätstheorie. Welches sind die generellen Faktoren, die die Einstellung gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in allen untersuchten Ländern beeinflussen?

- (a) Eine *schlechte materielle Situation* (geringer HDI, geringes Hauhaltseinkommen je Familienmitglied und Erwerbslosigkeit) führt zu einer höheren Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen.
- (b) Wähler konservativer *Parteien* akzeptieren wohlfahrtsstaatliche Leistungen nicht in so hohem Ausmaß wie politisch links orientierte Wähler.
- (c) In starken Sozialstaaten ist die positive Einstellung gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Interventionen stärker als in Ländern mit geringer *Sozialquote*.
- (d) Die *Mehrebenenanalyse* ergab, dass die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Interventionen hauptsächlich durch den Unterschied zwischen den Ländern erklärt wird. Jedoch hat die schrittweise Regression gezeigt, dass die beiden bedeutendsten Einzelvariablen auf der Mikroebenen zu finden sind (politische Einstellung, Familieneinkommen je Haushaltsmitglied).

Dass die dominante *Religion* eines Landes und das individuelle Religionsbekenntnis einen signifikanten Einfluss auf die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen hätten, konnte empirisch nicht festgestellt werden. Auch ein signifikanter Unterschied zwischen Männern und Frauen konnte nicht gefunden werden.

Die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen wird erstens durch die *Theorie des Eigennutzes* und zweitens durch die *Solidaritätstheorie* erklärt.

Sowohl Nutznießer als auch Menschen mit einem Gefühl kollektiver, sozialer Verantwortung sprechen sich für den Wohlfahrtsstaat aus.

Es kann keineswegs von einer zunehmenden Ablehnung des wohlfahrtsstaatlichen Systems gesprochen werden. Der Wohlfahrtsstaat kann auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts weltweit noch mit Unterstützung der Bevölkerung rechnen. Auch wenn heute neoliberale Tendenzen immer stärker werden und viele Politiker und Medien ständig von einer Entsolidarisierung sprechen, kann keineswegs von einer Infragestellung des wohlfahrtsstaatlichen Systems in der breiten Bevölkerung ausgegangen werden. Stephan Schulmeister (2001) hat es treffend formuliert: „ein Modell, das nur auf der Konkurrenz rationaler Individuen auf Märkten beruht, „passt“ nicht in eine Welt von Menschen, die auch soziale Wesen sind und von Emotionen getrieben werden.“

Anmerkungen

¹ Mikl-Horke (2000); Chaloupek, Rossmann (1994) 100.

² Flora (1979) 82-136.

³ Haller (1986) 443-468.

⁴ Chaloupek, Rossmann (1994) 100.

⁵ Sonderegger et al. (1998) 15.

⁶ Beck (1986) 144.

⁷ Kliemt (1995) 34-47.

⁸ Sonderegger et al. (1998) 171.

⁹ Kersting (1998) 118.

¹⁰ Böhr (1985) 5ff.

¹¹ Roller (1992).

¹² Keupp (1997).

¹³ Brühl (1984).

¹⁴ Sonderegger (1998) 172.

¹⁵ Jasay (1993) 12; Müller (1992) 100.

¹⁶ Zürcher (1998) 54f.

¹⁷ Kersting (1998); Herzinger (1999) 131.

¹⁸ Reese-Schäfer (1995) 17.

¹⁹ Zürcher (1998).

²⁰ Klages, Franz, Herbert (1987) 105ff.

²¹ Norden (1986/87) 36.

²² Dieser *Outsider-Insider*-Konflikt bezieht sich auf die (Nicht-)Teilnahme am Arbeitsmarkt.

²³ Keupp (1997).

²⁴ Prisching (1996).

²⁵ Klein/Schilling (1994) 620-628.

²⁶ De Swaan (1993) 275-282.

²⁷ Kliemt (1995) 103.

²⁸ Norden (1986/87) 38.

²⁹ Ebendort.

³⁰ De Swaan (1993) 276.

³¹ Roller (1992).

³² Klein/Schilling (1994) 607.

³³ Butschek (1994) 15ff.

³⁴ Norden (1986/87).

³⁵ Keupp (1997).

³⁶ Weber (1988).

- ³⁷ Dominante Religion: dominant katholisch (Österreich, Italien, Polen), dominant protestantisch (Australien, Großbritannien, USA), konfessionell gemischt (Schweiz, Deutschland, Niederlande).
- ³⁸ Kliemt (1995) 47-65.
- ³⁹ Haller, Mach, Zwicky (1995) 227.
- ⁴⁰ Heimbach-Steins (2001) 230.
- ⁴¹ Svallfors (1997) hat im Income Distribution Index (IDI) berechnet: IDI = befürwortete unterschiedliche Einkommen von Fabrikarbeitern, Landarbeitern, Facharbeitern, Kleinhändlern, Ärzten, Ministern und Managern.
- ⁴² Tálos (1994) 38.
- ⁴³ Uher (2000).
- ⁴⁴ Role of Government (1985/1990/1996), Social Networks and Support Systems (1986), Social Inequality (1987/1992), Family and changing Sex/Gender Roles (1988/1994), Work Orientations (1989/1997), Religion (1991/1998), Environment (1993), National Identity (1995).
- ⁴⁵ Folgende Länder nahmen an ISSP 96 teil: Australien, Deutschland West und Ost, Großbritannien, USA, Österreich, Ungarn, Italien, Irland, Norwegen, Schweden, Tschechen, Slowenien, Polen, Bulgarien, Russland, Neuseeland, Kanada, Israel (arabische und jüdische Teilerhebung), Japan, Spanien, Litauen, Frankreich, Zypern, Philippinen.
- ⁴⁶ Es wurden nur jene Fragen der Fragebatterien berücksichtigt, die für eine Untersuchung über den Wohlfahrtsstaat relevant sind.
- ⁴⁷ Fragestellung: „Wie hoch ist das monatliche Netto-Einkommen Ihres Haushaltes insgesamt (nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge)?“
- ⁴⁸ Fragestellung: „Damit ich feststellen kann, wen ich befragen soll, zählen Sie mir bitte zuerst auf, aus wie vielen Personen Ihr Haushalt besteht.“
- ⁴⁹ Anmerkung: Die Gewichtung mit 0,65 ergibt sich folgendermaßen: Es wurde ein Durchschnittswert aus den Vorgaben der ÖSTAT berechnet, welche leider nicht übernommen werden konnten, da nur die Haushaltsgröße aber nicht die Zusammensetzung ermittelt wurde. Hier erhält ein Erwachsener den Faktor 1 und jeder weitere 0,7. Für Kinder ergibt sich folgendes Bild:

Alter	0-3	4-6	7-10	11-15	16-18	19-21	22-27
Faktor	0,33	0,38	0,55	0,65	0,7	0,8	0,7

⁵⁰ Alpha wurde mittels Reliabilitätsanalyse berechnet.

⁵¹ Kodierung der *abhängigen Variable* (Extensität: Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Interventionen): 1 = Staat soll auf jeden Fall verantwortlich sein, 2 = Staat soll verantwortlich sein, 3 = Staat soll nicht verantwortlich sein, 4 = Staat soll auf gar keinen Fall verantwortlich sein.

Literatur

Monographien

- Baratta, Mario von, Der Fischer Weltalmanach 1999. Zahlen Daten Fakten '99 (Frankfurt 1998).
- Beck, Ulrich, Risikogesellschaft. auf dem Weg in eine andere Moderne (Frankfurt 1986).
- Böhr, Christoph, Liberalismus und Minimalismus. Kritische Anmerkungen zur philosophischen und politischen Entfaltung einer zeitgenössischen Minimalkonzeption (Heidelberg 1985).
- Bühl, Walter L., Krisentheorien. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang (Darmstadt 1984).
- Denz, Hermann; Friesl, Christian; Polak, Regina; Zuba, Reinhard; Zulehner, Paul M., Die Konfliktgesellschaft. Wertewandel in Österreich 1990 – 2000 (Wien 2001).
- Detting, Walfried, Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft (Gütersloh 1995).

- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V., Bericht über die menschliche Entwicklung 1998 (Bonn 1998).
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V., Bericht über die menschliche Entwicklung 1999 (Bonn 1999).
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V., Bericht über die menschliche Entwicklung 2000 (Bonn 2000).
- Esping-Andersen, Gösta, *The Three Worlds of Welfare Capitalism* (Cambridge 1990).
- Flora, Peter; Noll, Heinz-Herbert, *Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung. Individuelle Wohlfahrt und wohlfahrtsstaatliche Institutionen im Spiegel empirischer Analysen* (Frankfurt, New York 1999).
- Goldstein, Harvey; Rasbash, Jon; Plewis, Ian; Draper, David; Browne, William; Yang, Min; Woodhouse, Geoff; Healy, Michael, *A user's guide to MLwiN. Multilevel Models Project* (London 1998).
- Höllinger, Franz, *Volksreligion und Herrschaftskirche. Die Wurzeln religiösen Verhaltens in westlichen Gesellschaften* (Opladen 1996).
- Hradil, Stefan, *Wohlstand, Wohlfahrt, Lebensweise. Die Modernisierung sozialer Paradigmen und soziologischer Ansätze zur Erforschung sozialer Ungleichheit* (Wien 1994).
- International Labour Organization, *Key Indicators of the Labour Market* (Genf 1999).
- Klages, Helmut, *Wandlungen im Verhältnis der Bürger zum Staat. Thesen auf empirischer Grundlage, Rektorsrede* (Speyer 1988).
- Klages, Helmut; Franz, Gerhard; Herbert, Willi, *Sozialpsychologie der Wohlfahrts-gesellschaft. Zur Dynamik von Wertorientierungen, Einstellungen und Ansprüchen* (Frankfurt, New York 1987).
- Kliemt, Hartmut, *Solidarität in Freiheit* (München 1995).
- Kohmaier, Franz, *Eurosklerose. Von der Notwendigkeit eines Bewußtseinswandels* (Wien 1987).
- Mikl-Horke, Gertraude, *Industrie- und Arbeitssoziologie* (Wien 2000).
- Müller, Johann Baptist, *Die politischen Ideenkreise der Gegenwart* (Berlin 1992).
- OECD, *Social Expenditure Database. 1980 – 1997* (Paris 2000).
- Offe, Claus, *The Democratic Welfare State. A European Regime Under the Strain of European Integration* (Wien 2000).
- Reese-Schäfer, Walter, *Was ist Kommunitarismus?* (Frankfurt, New York 1995).
- Roller, Edeltraud, *Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der BRD* (Opladen 1992).
- Sonderegger, Christian; Stampfli, Marc; Segesser, Jürg, *Lexikon für Politik, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. vormals neues Staatskundelexikon* (Zürich 1998).
- Swaan de, Abram, *Der sorgende Staat. Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung in Europa und den USA der Neuzeit* (Frankfurt, New York 1993).
- Weber, Max, *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie* (Tübingen 1988) [Original: 1920].
- Zürcher, Markus, D., *Solidarität, Anerkennung und Gemeinschaft. Zur Phänomenologie, Theorie und Kritik der Solidarität* (Tübingen, Basel 1998).

Artikel in Zeitschriften

- Haller, Max, *Die Legitimation der sozialen Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat*, in: *Journal für Sozialforschung* 26/3 (1986) 443 – 468.
- Heimbach-Steins, Marianne, *Soziale Gerechtigkeit – Prüfkriterium gesellschaftlicher Strukturen*, in: *Theologisch-Praktische Quartalsschrift* 149/3 (2001) 226-236.
- Karl, Astrid; Ullrich, Carsten G.; Wössner, Ulrike, *Akzeptanz und Akzeptabilität wohlfahrts-staatlicher Institutionen. Überlegungen zur systembedingten Akzeptanz von Leistungssystemen bei Arbeitslosigkeit*, in: *Zeitschrift für Soziologie* 6 (1998) 454 – 469.
- Klein, Thomas; Schilling, Johannes-Georg, *Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaats. Eine empirische Analyse*, in: *Politische Vierteljahresschrift* (1994) 607-630.
- Norden, Gilbert, *Bestimmungsgründe der Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates*, in: *Angewandte Sozialforschung* 14/1 (1986/87) 43 - 54.
- Prisching, Manfred, *Die unsolidarische solidarische Gesellschaft. Über die Grundlagen des*

Wohlfahrtsstaates, in: Kurswechsel. Vom Wohlfahrtsstaat zum Leistungsstaat 3 (1996) 17 – 37.

Schulmeister, Stefan, Sozialstaat und ökonomische Effizienz, in: Der Standard (24. September 2001) 17.

Svallfors, Stefan, Worlds of Welfare and Attitudes to Redistribution: A Comparison of Eight Western Nations, in: European Sociological Review 13 (1997) 283 – 297.

Uher, Rolf, The International Social Survey Programme (ISSP), in: Schmollers Jahrbuch 120 (2000) 663 – 672.

Artikel in Sammelbänden

Butschek, Felix, Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. Diskussionsbeitrag, in: Chaloupek, Rossmann (1994) 15 – 21.

Chaloupek, Günther; Rossmann, Bruno (Hrsg.), Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates (= Reihe Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK Wien, Band 2, Wien 1994).

Chaloupek, Günther; Rossmann, Bruno, Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. Versuch eines Resümees, in: Chaloupek, Rossmann (1994) 99 – 110.

Flora, Peter, Krisenbewältigung oder Krisenerzeugung? Der Wohlfahrtsstaat in historischer Perspektive, in: Matthes, J., Sozialer Wandel in Westeuropa (Frankfurt 1979).

Flora, Peter, Europa als Wohlfahrtsstaat?, in: Chaloupek, Rossmann (1994) 7 – 15.

Haller, Max; Mach, Bogdan; Zwicky, Heinrich, Egalitarismus und Antiegalitarismus zwischen gesellschaftlichen Interessen und kulturellen Leitbildern. Ergebnisse eines internationalen Vergleichs, in: Müller, Hans-Peter; Wegener, Bernd (Hrsg.), Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit (Opladen 1995) 221 – 264.

Herzinger, Richard, In der Gemeinschaftsfalle, in: Graf, Friedrich et al. (Hrsg.), Soziales Kapital in der Bürgergesellschaft (Stuttgart 1999) 131-146.

Hradil, Stefan, Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel, in: Gabriel, W. Oscar; Bretschneider Frank (Hrsg.), Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politik-inhalte (Opladen 1994).

Kersting, Wolfgang, Der Markt – das Ende der Geschichte?, in: Brieskorn, Norbert; Wallacher, Johannes (Hrsg.), Homo oeconomicus. Der Mensch der Zukunft? (Stuttgart, Berlin, Köln 1998) 93 – 125.

Keupp, Heiner, Die Suche nach Gemeinschaft zwischen Stammesdenken und kommunitärer Individualität, in: Heimeyer, Wilhelm (Hrsg.), Was hält die Gesellschaft zusammen? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Band 2 (Frankfurt 1997) 279 – 312.

Neyer, Gerda, Der Wohlfahrtsstaat im Spannungsfeld politischer und gesellschaftlicher Interessen – ein Diskussionsbeitrag aus der Geschlechterperspektive, in: Chaloupek, Rossmann (1994) 45 – 55.

Roller, Edeltraud, Ende des sozialstaatlichen Konsenses? Zum Aufbrechen traditioneller und zur Entstehung neuer Konfliktstrukturen in Deutschland, in: Niedermeayer, Oskar; Westle, Bettina (Hrsg.), Demokratie und Partizipation, Festschrift für Max Kaase (Opladen 2000) 88 – 114.

Tálos, Emmerich, Sozialstaat im Spannungsfeld ökonomischer und politischer Interessen, in: Chaloupek, Rossmann (1994) 21 – 45.

Anhang

Tabelle 9: HDI, Arbeitslosigkeit und Sozialquote in den 20 verglichenen Ländern

	Human Development Index ¹	Sozialquote ^{2,A}		Arbeitslosenquote ³	
		1996	1997	1996	1997
	HDI 1997				
Australien	0,922	18,8	19,2	8,5	8,4
Bulgarien	0,758	9,0	k.A.	14,2	13,7
Deutschland	0,906	28,7	27,8	7,1	7,7
Frankreich	0,918	29,6	29,6	12,1	12,3
Großbritannien	0,918	23,0	21,9	8,2	7,1
Irland	0,900	18,6	17,9	11,9	10,3
Italien	0,900	26,4	26,9	12,3	12,5
Japan	0,924	14,4	14,8	3,4	3,4
Kanada	0,932	17,7	17,0	9,7	9,2
Neuseeland	0,901	19,5	20,7	6,1	6,7
Norwegen	0,927	27,2	26,5	4,8	4,1
Österreich	0,908 ²⁰⁰⁰	27,5	26,3	5,3	k.A.
Polen	0,802	26,8	25,8	12,4	11,2
Russland	0,747	k.A.	k.A.	11,3	9,3
Schweden	0,923	34,1	33,7	8,0	7,9
Slowenien	0,851 ¹⁹⁹⁵	19,1 ¹⁹⁹¹	k.A.	7,4 ¹⁹⁹⁵	7,1
Spanien	0,894	21,6	20,9	22,0	20,6
Tschechien	0,833	19,0	19,7	3,9	4,7
Ungarn	0,795	19,9	k.A.	9,8	8,7
USA	0,927	16,8	16,5	5,4	4,9

k. A. = für diese Länder konnte dieser Wert nicht eruiert werden

¹ Quelle: Bericht über die menschliche Entwicklung 1998, 1999, 2000

² Quelle: OECD (2000): Social Expenditure Database 1980 - 1997

³ Quelle: ILO: Key Indicators of the Labour Market. 1999

^A „The System of National Accounts defines social benefits as current transfers received by households intended to provide for the needs that arise from certain events or circumstances, for example, sickness, unemployment, retirement, housing, education or family circumstances (SNA, 1993, Section 8.7). This database does not include information on expenditures for education.“ OECD (2000) 9.

Zusammenfassung

Der Wohlfahrtsstaat wird heute von vielen Seiten in Frage gestellt. Ziel dieses Aufsatzes ist es, signifikante Bestimmungsfaktoren für die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Interventionen in der Bevölkerung sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene zu finden. Grundlage der empirischen Analysen dieses Beitrags ist die Erhebung über *Role of Government III*, die im Rahmen des *International Social Survey Programme* von 1995-2000 durchgeführt wurde. Im Rahmen dieses Projekts wurden in 24 Ländern zirka 33.000 Perso-

nen befragt. Welche sind nun die generellen, signifikanten Faktoren, die die Einstellung gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in den untersuchten Ländern beeinflussen? Als Ansatz zur Erklärung wurden Elemente aus drei theoretischen Paradigmen herangezogen: die Theorie des Eigennutzes, die Solidaritätstheorie und die Kollektive Rationalitätstheorie. Die Ergebnisse zeigen: Erstens führt eine schlechte materielle Situation zu einer höheren Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. Zweitens akzeptieren Wähler bürgerlich-konservativer Parteien wohlfahrtsstaatliche Leistungen nicht in so hohem Maße wie politisch links orientierte Wähler. Und drittens ist in starken Sozialstaaten die positive Einstellung gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Interventionen stärker als in Ländern mit geringer Sozialquote. Die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen kann also auf die Theorie des Eigennutzes und die Solidaritätstheorie zurückgeführt werden: Sowohl Nutznießer als auch Menschen mit einem Gefühl kollektiver, sozialer Verantwortung sprechen sich für den Wohlfahrtsstaat aus. Auch wenn heute neoliberale Tendenzen immer stärker werden und viele Politiker und Medien ständig von einer Entsolidarisierung sprechen, kann keineswegs von einer Infragestellung des wohlfahrtsstaatlichen Systems in der breiten Bevölkerung ausgegangen werden.